

# Lichtblick – Menschenwürde schützen

Hannover (NI). **Demokratiestärkung und gegen Rechtsextremismus der Landeshauptstadt Hannover in Kooperation mit der Fotografin Behnush Martinez die Fotoausstellung „Lichtblick – Menschenwürde schützen“ im Bürgersaal des Neuen Rathauses. Die Ausstellung kann vom 12. März bis 2. April während der regulären Öffnungszeiten des Neuen Rathauses besucht werden.**

**Die Ausstellung zeigt Arbeiten von Behnush Martinez, die sich intensiv mit den Themen „Menschenwürde und Haltung“ auseinandersetzt. Eröffnet wurde die Ausstellung mit einem Impulsvortrag zum Thema „Fotografie und Demokratie“ der Stelle für Demokratiestärkung sowie eine Rede der Fotografin mit Erläuterungen ihrer künstlerischen Arbeit**

## Behnush Martinez Hartmann

ist eine engagierte Fotografin, die sich seit über sechs Jahren mit künstlerischen Projekten für Aufklärung, gesellschaftliche Gleichheit und gegen Diskriminierung einsetzt. Sie wurde im Iran geboren, kam mit fünf Jahren gemeinsam mit ihrer Familie nach Deutschland und lebt heute mit ihrem Mann und ihren zwei Kindern am Rande Hannovers.



Text.: Landeshauptstadt Hannover

## Bundesinnenministerin Nancy Faeser erklärt zum Nationalen Gedenktag, den 11.03.25, für die Opfer terroristischer Gewalt:

„Der Nationale Gedenktag hält die Erinnerung an die Opfer terroristischer Gewalt wach – und ist zugleich eine Mahnung: Der Rechtsstaat muss alle Instrumente einsetzen, um die Menschen in unserem Land vor terroristischen Bedrohungen durch Islamisten, Rechtsextremisten und Linksextremisten zu schützen. Das hat für die Sicherheitsbehörden größte Bedeutung.“

Früher galt die Aufmerksamkeit oft weitgehend den Tätern. Doch es sind vor allem die Opfer und ihre Familien, die nicht vergessen werden dürfen und Unterstützung brauchen. Alle staatlichen Stellen müssen sich mit größtmöglicher Empathie um Menschen kümmern, deren Leben sich durch terroristische Taten für immer verändert hat, weil sie geliebte Angehörige verloren haben oder selbst verletzt wurden.

Ein wichtiges Vorhaben bleibt auf der Agenda für die nächste Legislaturperiode: das ‚NSU‘-Dokumentati-

onszentrum. Wir wollen an die Opfer des rechtsextremistischen Terrors des ‚NSU‘ in Berlin, mitten in der Hauptstadt, erinnern. Wir wollen damit endlich einen Erinnerungsort für die Angehörigen der Ermordeten und für die Überlebenden schaffen. Die Aufarbeitung von Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus wollen wir stärken. Es wäre gut, wenn das dafür notwendige Stiftungsgesetz bald beschlossen würde.“

Bundesinnenministerin Nancy Faeser erklärt zum morgigen Gedenken zum 5. Jahrestag des rechtsextremistischen Anschlags in Hanau:

„Die rassistischen Morde in Hanau waren ein tiefer Einschnitt. Die Wunden des 19. Februar 2020 werden nicht verheilen: nicht für die Angehörigen der Getöteten und nicht für viele andere Menschen, die in Deutschland Rassismus erleben. Wir gedenken der Opfer und stehen weiter fest an der Seite ihrer Familien. Wir werden Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov nie vergessen.

Wir setzen alle Instrumente unseres Rechtsstaats ein, um den Rechtsextremismus zu bekämpfen. Wir setzen weiter auf konsequente Strafverfolgung, Entwaffnung und Zerschlagung rechtsextremistischer Strukturen. Dass das absolut notwendig bleibt, zeigt der neue Höchststand an rechtsextremistischen Straftaten, den die Polizei im Jahr 2024 registriert hat.

Neben der Konsequenz des Rechtsstaats brauchen wir aber auch mehr Menschlichkeit und Zusammenhalt, damit solche Taten unser Land nicht spalten. Fast 25 Millionen Menschen in unserem Land haben eine Einwanderungsgeschichte. Sie sind ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft. Sie packen jeden Tag an und halten unser Land am Laufen: in Krankenhäusern und der Pflege, im Handwerk, der Industrie und dem öffentlichen Dienst. Es verdient mehr Respekt, was sie leisten und wie wichtig sie für unser Land sind.“

Bundesinnenministerin Faeser nimmt morgen um 12.00 Uhr an der Gedenkveranstaltung der Stadt Hanau und des Landes Hessen in Hanau teil.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser erklärt zu der Gewalttat am Berliner Holocaust-Mahnmal am 22.02.2025:

„Die Messerattacke am Berliner Holocaust-Mahnmal ist ein abscheuliches und brutales Verbrechen. Wir müssen von einem antisemitischen Hintergrund ausgehen - und das am Denkmal für die ermordeten Juden Europas, einem Ort der Mahnung und Erinnerung. Der Täter muss mit aller Härte des Gesetzes

bestraft und direkt aus der Haft abgeschoben werden. Wir werden alle Wege nutzen, um Gewalttäter wieder nach Syrien abzuschieben. Wer solche Taten begeht und den Schutz in Deutschland aufs Widerwärtigste missbraucht, der hat jedes Recht verwirkt in unserem Land zu sein.

Dem Verletzten wünsche ich, dass er wieder gesund werden kann. Den Einsatzkräften der Berliner Polizei und den Rettungskräften, die sein Leben gerettet haben, gilt mein großer Dank.“

### **Gemeinsam gegen Terrorismus, Organisierte Kriminalität und internationalen Drogenhandel**

Bundesinnenministerin Nancy Faeser zu Besuch in den Niederlanden / Europäische Hafenalleanz bekräftigt / Weitere Stärkung von Europol erörtert Bundesinnenministerin Nancy Faeser tauscht sich heute bei Gesprächen in den Niederlanden darüber aus, wie die internationale Zusammenarbeit vor allem gegen Organisierte Kriminalität und illegalen Drogenhandel weiter verbessert werden kann. Dazu finden Gespräche mit dem niederländischen Minister für Justiz und Sicherheit David van Weel, der niederländischen Ministerin für Inneres und Königreichsbeziehungen Judith Uitermark und der Bürgermeisterin von Rotterdam Carola Schouten statt. Im Anschluss besucht Bundesinnenministerin Faeser Europol.

Konkret geht es bei dem Austausch darum, welche Maßnahmen nötig sind, damit sich die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten vor allem gegen den Einfuhrschmuggel von Kokain und die Unterwanderung durch die Organisierte Kriminalität noch besser wappnen können. Dafür gilt es, die enge Zusammenarbeit in der „Koalition europäischer Staaten gegen schwere und organisierte Kriminalität“ und im Rahmen der Europäischen Hafenalleanz noch weiter zu intensivieren. Eine besondere Rolle kommt dabei dem Informationsaustausch zwischen Polizei und Zoll zu. Bei einer gemeinsamen Hafenerundfahrt in Rotterdam wollen sich Ministerin Faeser, Minister van Weel und Bürgermeisterin Schouten ein Bild von den Maßnahmen vor Ort machen. Ministerin Faeser und Minister van Scheel bekräftigten ihre im Dezember vereinbarte Gemeinsame Absichtserklärung, die bilaterale polizeiliche Zusammenarbeit zu vertiefen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser: „Der Druck der internationalen Drogen-Kartelle auf Europa nimmt zu. Die nach Europa geschmuggelten Drogen zerstören Menschen und liefern der organisierten Kriminalität riesige Einnahmen. Drogenbanden üben eine unfassbare Spirale der Gewalt aus. Wir wollen deshalb ein schärferes und international koordiniertes Vorgehen gegen den Handel mit Kokain und anderen Drogen erreichen. Wir brauchen einen maximalen Ermittlungsdruck. Mit unserer Koalition

gegen schwere und organisierte Kriminalität und mit der Europäischen Hafentalianz sind wir auf dem richtigen Weg. Internationaler Kriminalität können wir nur gemeinsam begegnen.

Darüber bin ich mir mit unseren niederländischen Partnern sehr einig. Auch bilateral müssen und wollen wir stärker zusammenarbeiten, auch um der Gewalt, die diese Gruppen ausüben, konsequent entgegenzutreten. Dafür haben wir im Dezember eine Gemeinsame Vereinbarung geschlossen, die wir jetzt umsetzen.

Auch der europäischen Polizeibehörde Europol kommt eine zentrale Bedeutung im Kampf gegen die Kriminalität zu - sie ist das Herzstück der europäischen Sicherheitsarchitektur. Es ist unser aller Interesse, Europol weiter zu stärken - insbesondere in den Bereichen Ende-zu-Ende-Verschlüsselung und der Bekämpfung von Cybercrime, Terrorismus und Drogenkriminalität. Europol muss der Information Hub für die europäischen Polizeien werden. Daran arbeiten wir gemeinsam.“

Justiz- und Sicherheitsminister David van Weel: „Die organisierte Kriminalität ist ein anhaltendes und internationales Problem, das wir nur gemeinsam bewältigen können. Ich freue mich, dass Ministerin Faeser heute in den Niederlanden ist und dass wir unsere Zusammenarbeit im Rotterdamer Hafen weiter stärken. Die hier gesammelten Erfahrungen bei der Bekämpfung des Drogenschmuggels teilen wir aktiv mit anderen Häfen, beispielsweise Antwerpen und Hamburg. Kriminelle passen sich an, deshalb müssen wir immer einen Schritt voraus sein. Wenn wir das nur in Rotterdam tun, werden Kriminelle nach anderen Wegen suchen. Durch den Austausch von Informationen und Maßnahmen machen wir es ihnen überall in Europa schwerer.“

In den Gesprächen mit den niederländischen Partnern geht es auch darum, die bilaterale grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter zu verbessern. Das gilt zum Beispiel für die Bekämpfung von Gruppierungen der Organisierten Kriminalität aus den Niederlanden, die verstärkt in Nordrhein-Westfalen aktiv sind - vor allem beim illegalen Drogenhandel. Im Bereich der Geldautomatensprengung hat die gute Zusammenarbeit bereits zu einem Rückgang der Zahlen geführt. Diesen Weg wollen beide Seiten weiter beschreiten. Bereits am 12. Dezember 2024 haben Bundesinnenministerin Faeser und Minister van Weel eine Gemeinsame Absichtserklärung zur Intensivierung der bilateralen polizeilichen Zusammenarbeit unterzeichnet. Damit wird das Ziel verfolgt, insbesondere die operative grenzüberschreitende Zusammenarbeit deutscher und niederländischer Spezialeinheiten zu verstärken und hierfür

eine spezielle rechtliche Grundlage zu schaffen. Das dient insbesondere der Bekämpfung von Terrorismus und Organisierter Kriminalität. Derzeit wird geprüft, ob der Vertrag von Enschede ergänzt oder geändert werden sollte; er regelt seit 2005 die bilaterale Polizei-Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Niederlanden. Auch eine engere Kooperation der Nachrichtendienste wird bei den Gesprächen erörtert.

Anschließend wird Bundesinnenministerin Nancy Faeser Europol besuchen. Besonderes Augenmerk wird auf der von Kommissionspräsidentin von der Leyen angekündigten Stärkung von Europol und Verdopplung seiner personellen Ressourcen liegen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser befürwortet, dass Europol eine wirklich operative Polizeibehörde werden soll, die jedoch nie alleine, sondern immer mit den nationalen Behörden tätig wird.

Text: Bundesministerium des Innern und für Heimat